

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Wadersloh im Ausschussszimmer (Tel. 950-105) des Rathauses Wadersloh am 07.12.2005

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 22:45 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Vorsitzender:

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Bösl, Ulrich

ab 17:08 Uhr (P. 5)

RM Driftmeier, Josef

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Hollenhorst, Elisabeth

RM Marx, Bernd

bis 18:10 Uhr (P. 12.1 teilw.)

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Schmidt, Erich

RM Steiling, Norbert

Vertr. f. RM Marx, Bernd,
ab 18:10 Uhr (P. 12.1 teilw.)

b) von der Verwaltung:

BG Gödde, Heinz-Hermann

Herr Neugebauer, Dieter

Herr Blex, Franz

Herr Schomacher, Antonius

Herr Funke, Heinz-Josef

Herr Morfeld, Norbert

Frau Niehüser, Nina

Herr Ahlke, Elmar

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Änderung des Geltungsbereiches der Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Grenzen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB für den Bereich Wadersloh-Nord
Satzungsbeschluss BPA 7/05, P. 10
5. Antrag des SV Diestedde auf Errichtung eines kombinierten Gebäudes am Sportplatz Diestedde SKA 4/05, P. 5
6. Antrag auf Zuschussgewährung des Sportvereines Tengu Wadersloh e. V. SKA 4/05, P. 4
7. Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für das Gläserdorfer Treffen in Liesborn am 11.06.2006
8. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
9. Überarbeitung der Richtlinien für Ehrungen der Gemeinde Wadersloh
10. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe
Ausgaben für verschiedene Anlässe
11. Finanzierung des Evangelischen Kindergartens "Pustebblume"
12. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2006 mit den Anlagen
 - 12.1. Haushaltssatzung 2006
 - 12.2. Stellenplan 2006
13. Verschiedenes
 - 13.1. BPA-Sitzung am 15.12.2005
 - 13.2. K+K-Markt
 - 13.3. Gloria

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Hauptausschusses war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Änderung des Geltungsbereiches der Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Grenzen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB für den Bereich Wadersloh-Nord Satzungsbeschluss

Der HA schloss sich der Empfehlung des BPA an und fasste folgenden

Beschlussvorschlag:

Die aufgrund des Ratsbeschlusses vom 02.11.2005 beschlossene Erweiterung der „Satzung über die Grenzen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB für den Bereich Wadersloh-Nord“ der Gemeinde Wadersloh wird hiermit gemäß §§ 10 und 34 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in der zzt. gültigen Fassungen – als Satzung beschlossen, nachdem der Entwurf zur Erweiterung der Satzung aufgrund des Ratsbeschlusses vom 02.11.2005 in der Zeit vom 14.11.2005 – 14.12.2005 einschließlich im Sinne des § 3 (2) BauGB während der Dienststunden im Zimmer 212 des Rathauses, Liesborner Straße 5, 59329 Wadersloh, öffentlich ausgelegen hat.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

5 Antrag des SV Diestedde auf Errichtung eines kombinierten Gebäudes am Sportplatz Diestedde

BM Westhagemann fasste das Ergebnis im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zusammen. Insbesondere sanitäre Anlagen seien auf dem Sportplatz dringend erforderlich. Im Übrigen habe man den Antrag zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen. Ergänzend erläuterte er, dass mit der vorgeschlagenen Lösung verschiedene Bereiche kombiniert werden könnten. Durch den Verkauf der bisherigen Bauhofaußenstelle an einen Gewerbetreibenden könne dieser in dem Ortsteil gehalten werden. Die Errichtung des geplanten Gebäudes ermögliche es, sanitäre Anlagen und erforderlichenfalls eine Bauhofaußenstelle in Diestedde im notwendigen reduzierten Umfang dort zu realisieren. Im vorgelegten Haushaltsplanentwurf sei der geschätzte Verkaufserlös in gleicher Höhe als Aufwand angesetzt worden.

Für die CDU-Fraktion sagte RM Bösl dem Sportverein Diestedde Unterstützung zu. Aufgrund der Haushaltslage könne sich diese jedoch nur in der Höhe des Verkaufserlöses bewegen. Voraussetzung für diese Zuschusshöhe sei, dass auf eine Bauhofaußenstelle in Diestedde verzichtet werden könne und damit diesbezüglich keine Mittel erforderlich wären.

RM E. Schmidt nahm Bezug auf die vorangegangene Beratung im HA. Seines Erachtens habe darin der Bürgermeister den Eindruck erweckt, dass die Bauhofaußenstelle in Diestedde nicht mehr benötigt würde. In der Sitzung des SKA sei dies dann anders dargestellt worden. Im Übrigen datiere der Antrag des SV Diestedde vom 17.09.2005. Insgesamt fasste er zusammen, dass man sich bezüglich dieser Gesamthematik nicht umfassend vom Bürgermeister informiert fühle.

In der Sache sei die SPD-Fraktion der Auffassung, dass eine Toilettenanlage am Sportplatz Diestedde notwendig sei. Bezüglich der gewünschten Dusch- und Umkleieräume sowie eines Ersatzes für die Bauhofnebenstelle in Diestedde werde die Notwendigkeit in Frage gestellt. Abschließend sprach sich RM E. Schmidt dafür aus, den Aufwand für die Gesamtmaßnahme im Jahr 2006 auf 75.000,00 € zu begrenzen.

RM Hollenhorst sah die zuvor vorgetragenen Argumente positiv. Die FWG-Fraktion plädiere jedoch aufgrund der schwierigen Haushaltslage dafür, das Projekt zurückzustellen, auch um konkretere Zahlen und Daten zu bekommen. Eine Bauhofaußenstelle in Diestedde werde grundsätzlich als sinnvoll angesehen. Dies könne jedoch auch durch Anmietung gelöst werden.

RM Bösl schlug vor, zunächst nur eine Begrenzung des Aufwandes in 2006 auf 75.000,00 € festzulegen. Über die Notwendigkeit einer Bauhofaußenstelle in Diestedde sollte der BPA in seiner nächsten Sitzung beraten.

BM Westhagemann erläuterte hinsichtlich der Bauhofaußenstelle in Diestedde, dass er diesen Sachverhalt mit den Prüfern der Gemeindeprüfungsanstalt, die derzeit im Rathaus tätig seien, besprochen habe. Die GPA werde ihm hierzu eine Empfehlung abgeben. Die Verwaltung sei ergebnisoffen. Es sollte die Empfehlung der GPA abgewartet und anschließend akzeptiert werden.

Die Beratungslage wurde vom Bürgermeister wie folgt zusammengefasst:

Der Antrag des SV Diestedde wird bezüglich des Ersatzbaus für die vorhandene Lösung (Garagen) sowie der Toiletten, Duschen/Umkleiden positiv gesehen. Diesbezügliche Details sind nach Vorlage neuer Pläne sowie geeigneter Unterlagen noch zu beraten. Der BPA befasst sich in seiner nächsten Sitzung mit der Notwendigkeit von Bauhofaußenstellen in Diestedde und Liesborn.

Beschluss:

Der BPA berät in seiner Sitzung am 15.12.2005 die Notwendigkeit von Bauhofaußenstellen in den Ortsteilen Diestedde und Liesborn.

Der Antrag des SV Diestedde bezüglich des Ersatzbaus der vorhandenen Lösung (Garagen) sowie der Toiletten und Duschen/Umkleiden wird grundsätzlich positiv gesehen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

6 Antrag auf Zuschussgewährung des Sportvereines Tengu Wadersloh e. V.

Der HA schloss sich der Empfehlung des SKA an und fasste folgenden

Beschluss:

Dem Tengu Wadersloh e. V. wird ab dem Jahre 2006 ein jährlicher Zuschuss zur Förderung des Sports in Höhe von 225,00 € gezahlt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

7 Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für das Gläsendorfer Treffen in Liesborn am 11.06.2006

Am 11.06.2006 findet nach zweijähriger Pause wieder das traditionelle Gläsendorfer-Treffen in Liesborn statt. Mit Schreiben vom 10.11.2005 bittet Herr Nentwig als Organisator des Treffens die Patengemeinde Wadersloh um einen Kostenzuschuss.

Für das letzte Treffen im Jahr 2004 hat die Gemeinde Wadersloh einen Zuschuss in Höhe von 110,00 € gewährt.

Beschluss:

Für das Gläsendorfer Treffen am 11.06.2006 wird ein Zuschuss in Höhe von 110,00 € gewährt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

8 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Die noch gültige Verordnung aus dem Jahre 1992 ist in vielen Punkten neu zu fassen. Ebenfalls sollen Verordnungen nach Empfehlungen des Städte und Gemeindebundes nach etwa 15 Jahren neu erlassen werden, um gerichtlich Stand zu halten.

Deshalb ist eine vom Städte und Gemeindebund herausgegebene Musterverordnung für die Gemeinde Wadersloh modifiziert worden.

Eine Gegenüberstellung alte und neue Fassung war der Einladung beigelegt.

Für die CDU-Fraktion signalisierte RM Bösl die Zustimmung zu den Änderungen. Bezüglich des § 3 Abs. 2 befindet man sich noch in der Entscheidungsfindung. Deshalb bat er um die Vertagung der weiteren Beratung.

RM E. Schmidt hielt die Formulierung im § 3 Abs. 2 für geeignet. Damit seien alle Möglichkeiten gegeben.

Beschluss:

Die neue Fassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Gemeinde Wadersloh wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen zurückverwiesen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 10:01:00 (J:N:E) Stimmen.

9 Überarbeitung der Richtlinien für Ehrungen der Gemeinde Wadersloh

In der Vergangenheit hat sich der Rat jeweils einmal im Laufe der Wahlperiode mit den Richtlinien für Ehrungen der Gemeinde Wadersloh befasst. So wurden die Richtlinien am 14.02.1995 und zuletzt am 14.03.2001 beraten und teilweise geändert. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, diese Thematik in den Fraktionen zu erörtern, so dass dann aufgrund der von den einzelnen Fraktionen evtl. erarbeiteten Vorschläge eine neue Fassung beschlossen werden könnte. Eine Fassung der zzt. gültigen Richtlinien war der Einladung beigelegt.

Für die CDU-Fraktion schlug RM Bösl einige Änderungen vor. Er begründete seine Vorschläge damit, dass es immer mehr Menschen gebe, die die aufgeführten Altersstufen erreichten. Dadurch seien die Bürgermeister in einem inzwischen unverhältnismäßig hohen Maße zeitlich in Anspruch genommen. Aus diesen Gründen sollte eine Änderung erfolgen. Er unterbreitete folgende Vorschläge:

A n l a s s	M a ß n a h m e
I. <u>Einwohner</u>	
80. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
85. Geburtstag	nicht mehr
II. <u>Aktive Ratsmitglieder</u>	
65. Geburtstag	nicht mehr
80. und 85. Geburtstag	nicht mehr
III. <u>Frühere Ratsmitglieder</u>	
75. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
85. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
IV. <u>Ehemalige Funktionsträger</u>	
75. und 85. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde

VII. Aktive Bedienstete

Ausscheiden aus dem Dienst streichen

50. und 60. Geburtstag streichen

VIII. Pensionierte Bedienstete

70. und weitere runde Geburtstage Glückwunschscheiben der Gemeinde

IX: Aktive Schulleiter und deren Vertreter

Dienstjubiläen streichen

Ausscheiden aus dem Dienst streichen

Für die SPD-Fraktion schlug RM E. Schmidt die Beibehaltung der Anlässe vor. Eine Änderung sollte jedoch bei den nicht mehr zeitgemäßen Körben erfolgen. Diese könnten durch Gutscheine, die bei möglichst allen Geschäften innerhalb der Gemeinde Wadersloh eingelöst werden sollten, ersetzt werden. Der persönliche Besuch sei wesentlicher als die Übergabe von Geschenken. Aufgrund der Haushaltslage werde vorgeschlagen, den Aufwand für Geschenke um 10 %, mindestens jedoch um 5,00 € je Geschenk zu senken.

Grundsätzlich, so RM Hollenhorst, sehe die FWG-Fraktion die aufgeführten Ehrungen positiv. Gleichfalls müsse jedoch gesehen werden, dass es in Zeiten knapper Kassen auch hier notwendig sei, Einschränkungen vorzunehmen. Deshalb werde vorgeschlagen, die Ehrungen für aktive und frühere Ratsmitglieder sowie ehemalige Funktionsträger den Regelungen für Einwohner anzugleichen. Geschenke sollten also lediglich bzw. erst ab dem 80. bis 85. Lebensjahr überreicht werden. Bei dem Ausscheiden aus dem Rat schlage man vor, die Präsente für die erste Wahlperiode zu streichen. Für die zweite Wahlperiode sollte der Betrag auf 25,00 € und für die dritte Wahlperiode auf 50,00 € festgelegt werden.

RM A. J. Fleiter ging zunächst darauf ein, dass die Körbe nicht ausschließlich mit Lebensmitteln gefüllt würden, sondern jeweils eine Absprache stattfinde, wonach beispielsweise auch Pflegemittel enthalten sein könnten. Die jeweils Beschenkten würden sich sehr über den Besuch eines Gemeindevertreters freuen und die Körbe stünden bei den Jubilaren hoch im Kurs. Insgesamt könne er sich den Vorschlägen der CDU-Fraktion anschließen.

RM Bösl ging nochmals darauf ein, dass es aus Sicht der CDU-Fraktion weniger um den Gesichtspunkt des Sparens, sondern mehr um Vereinfachungsfragen gehe. RM Böcker-Riese schlug vor, eine Wahlmöglichkeit für einen Präsentkorb oder einen Gutschein einzuräumen. Dieser Auffassung schloss sich auch RM B. Marx an.

Bezug nehmend auf die Vorschläge der CDU-Fraktion regte RM A. J. Fleiter ergänzend an, die Präsentkörbe bzw. Gutscheine grundsätzlich in einer Wertklasse von 35,00 € zu überreichen.

BM Westhagemann ließ über den weitestgehenden Vorschlag der CDU-Fraktion sowie der Ergänzung, dass zukünftig eine Wahlmöglichkeit zwischen Präsentkörben und Gutscheinen eingeräumt wird, abstimmen. Der Wert der Präsentkörbe bzw. Gutscheine solle grundsätzlich auf 35,00 € festgelegt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinien für Ehrungen der Gemeinde Wadersloh werden in der nachfolgend dargestellten Fassung beschlossen:

Richtlinien für Ehrungen

Anlass	Maßnahme
I. <u>Einwohner</u>	
80. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch der stv. Bürgermeisterin oder eines stv. Bürgermeisters und nur im Verhinderungsfall durch ein anderes Ratsmitglied
85. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
90. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch der stv. Bürgermeisterin oder eines stv. Bürgermeisters
91. bis 94. Geburtstag	Glückwunschsreiben des Bürgermeisters
95. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch des Bürgermeisters
96. - 99. Geburtstag	Blumenstrauß im Wert von 15,00 € und Glückwunschsreiben des Bürgermeisters
ab 100. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch des Bürgermeisters
„Goldene Hochzeit“	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch der stv. Bürgermeisterin oder eines stv. Bürgermeisters und nur im Verhinderungsfall durch ein anderes Ratsmitglied
ab „Diamantene Hochzeit“	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch des Bürgermeisters
Ehrenpatenschaften des Bundespräsidenten	Geldgeschenk und Glückwunschsreiben überreicht durch den Bürgermeister
Ehrenpatenschaften der Gemeinde ab dem 4. Kind	Geschenk der Gemeinde im Wert von von 100,00 € und eine Urkunde überreicht durch den Bürgermeister

Durch besonderen Ratsbeschluss kann Einwohnern, die sich um die Gemeinde Wadersloh verdient gemacht haben, das Ehrensiegel oder der Ehrenbrief der Gemeinde Wadersloh verliehen werden.

II. Aktive Ratsmitglieder

60., 70. und 75. Geburtstag	Blumenstrauß und Glückwunschsreiben Besuch des Bürgermeisters
65. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
Eheschließung	Geschenk im Wert von 50,00 € und Glückwunsch des Bürgermeisters
Geburt eines Kindes	Glückwunschsreiben des Bürgermeisters
Silberne Hochzeit	Blumenstrauß und Glückwunsch des Bürgermeisters
ansonsten wie bei Einwohnern	bei persönlicher Teilnahme: Bürgermeister
Mitgliedschaft zum Rat bei 5 vollen Wahlperioden oder 25 Jahren	Verleihung des Ehrensiegels der Gemeinde Wadersloh
Tod	Nachruf, Kranz und Kondolenzsreiben Kranzniederlegung durch den Bürgermeister und 1. stellv. Bürgermeister/in Mitteilung zur Teilnahme an der Beerdigung an alle Ratsmitglieder

Ausscheiden aus dem Rat bei einer Mitgliedschaft

von 1 vollen Wahlperiode oder 5 Jahren	Geschenk im Wert von 25,00 €
von 2 vollen Wahlperioden oder 10 Jahren	Geschenk im Wert von 50,00 €
von 3 vollen Wahlperioden oder 15 Jahren	Geschenk im Wert von 75,00 €
von 4 vollen Wahlperioden oder 20 Jahren	Verleihung des Ehrensiegels der Gemeinde Wadersloh

von 5 vollen Wahlperioden
oder 25 Jahren Geschenk im Wert von 125,00 €

III. Frühere Ratsmitglieder

70. Geburtstag Blumenstrauß und Glückwunschsreiben
(ab 10-jähriger Ratszugehörigkeit
Besuch des Bürgermeisters)

75. Geburtstag Glückwunschsreiben der Gemeinde

80. und 90. Geburtstag Korb oder auf Wunsch Gutscheine
im Wert von 35,00 € und
Besuch des Bürgermeisters

85. Geburtstag Glückwunschsreiben der Gemeinde

Tod Nachruf, Kondolenzsreiben

**IV. Ehemalige Funktionsträger: Bürgermeister, Ehrenratsmitglieder, Ehrenbürger
und Ehrensiegelträger, Wehrführer**

70., 80. und 90. Geburtstag Blumenstrauß und Glückwunschsreiben
und Besuch des Bürgermeisters

75. und 85. Geburtstag Glückwunschsreiben der Gemeinde

Tod Nachruf, Kranz und Kondolenzsreiben
Kranzniederlegung durch den Bürgermeister

V. Ehemalige stv. Bürgermeister

Tod Nachruf, Kondolenzsreiben
Beerdigung: Teilnahme des Bürgermeisters

VI. Aktive sachkundige Bürger

Beendigung von Ausschuss-
Mitgliedschaft, sofern sie
2 volle Wahlperioden oder
10 Jahre einem Ausschuss
angehört haben Geschenk im Wert von 35,00 €

Tod Kondolenzsreiben

VII. Aktive Bedienstete

Eheschließung	Glückwunschsreiben und ein Geschenk im Wert von 50,00 €
Geburt eines Kindes	Glückwunschsreiben und ein Geschenk im Wert von 15,00 €
Dienstjubiläum	Glückwunschsreiben und für die Beamten ein Geschenk im Wert von 50,00 €, solange eine gesetzlich geregelte Jubiläumsszuwendung nicht gewährt werden kann. Die Jubiläumsszuwendung für die Angestellten und Arbeiter wird durch Tarifvertrag geregelt.
Silberne Hochzeit	Glückwunschsreiben und ein Geschenk im Wert von 35,00 €
Tod	Kranz, Nachruf und Kondolenzsreiben (Mitunterzeichnung: Vertreter des Personalrates)
Tod eines nahen Angehörigen (Ehepartner, Eltern, Kinder)	Kondolenzsreiben (evtl. Teilnahme an der Beerdigung am Ort durch den zuständigen Fachbereichsleiter)

VIII. Pensionierte Bedienstete

70. und weitere runde Geburtstage	Glückwunschsreiben der Gemeinde
Tod	Nachruf, Kondolenzsreiben, (Mitunterzeichnung: Vertreter des Personalrates) Kranz (für ehemalige Fachbereichsleiter)

IX. Aktive Schulleiter und deren Vertreter

Einführung bzw. Ernennung von Schulleitern und deren Vertretern	Besuch des Bürgermeisters oder des Beigeordneten mit einem Blumenstrauß
Tod	Nachruf, Kranz und Kondolenzsreiben

X. Pensionierte Schulleiter

Tod	Nachruf und Kondolenzsreiben
-----	------------------------------

XI. Aktive Lehrer (an gemeindeeigenen Schulen)

Tod Nachruf,
Kondolenzschreiben des Bürgermeisters

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

10 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe Ausgaben für verschiedene Anlässe

Der Haushaltsansatz für die Haushaltsstelle 0000.658.0000.2 (Ausgaben für verschiedene Anlässe) wurde wie im Jahr 2004 auf 11.000,00 € festgesetzt. Aufgrund erhöhter Ausgaben für Nachrufe und die Präsente für Altersjubilare ist es notwendig, den Ansatz für das Jahr 2005 um 5.000,00 € zu erhöhen. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei den Haushaltsstellen 0200.562.0000.3 (Aus- und Fortbildung des Personals = 2.500,00 €) und 2150.631.0001.9 (Kosten der Lernmittelfreiheit = 2.500,00 €).

Beschlussvorschlag:

Den überplanmäßigen Ausgaben bei der Haushaltsstelle 0000.658.0000.2 (Ausgaben für verschiedene Anlässe) in Höhe von 5.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei den Haushaltsstellen 0200.562.0000.3 (Aus- und Fortbildung des Personals = 2.500,00 €) und 2150.631.0001.9 (Kosten der Lernmittelfreiheit = 2.500,00 €).

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

11 Finanzierung des Evangelischen Kindergartens "Pustebume"

Mit der Einladung zu dieser Sitzung wurde ein Schreiben der Evang. Kirchengemeinde Wadersloh-Liesborn versandt. Darin stellt die Kirchengemeinde dar, dass sie sich aufgrund erheblicher Finanzierungsschwierigkeiten ab August nicht mehr in der Lage sieht, den Trägeranteil von 35 % für die Evang. Kindertagesstätte „Pustebume“ zu übernehmen.

RM Bösl erinnerte daran, dass die Gemeinde vor Jahren froh gewesen sei, dass die Evang. Kirchengemeinde die Trägerschaft für eine Kindertagesstätte übernommen habe. Aus diesem Grunde sollte die Gemeinde nun der Evang. Kirche entgegenkommen. Die CDU-Fraktion spreche sich deshalb für eine Kostenübernahme aus.

Zunächst, so RM E. Schmidt, sei zu berücksichtigen, dass die Träger der Kindergärten eine Aufgabe übernähmen, die ansonsten der Gemeinde zufalle. Aus diesem Grunde sei es nachvollziehbar, dass die Gemeinde den vollen Anteil übernehme, wenn freie Träger dies nicht mehr leisten könnten. Für die weiteren Verhandlungen schlug er vor, den vollen Anteil noch nicht in 2006 zu übernehmen, sondern dies ab 2007 vorzusehen.

BM Westhagemann machte darauf aufmerksam, dass es derzeit einen noch laufenden Vertrag gebe, schon deshalb Verhandlungen geführt werden müssten. Bezüglich des Ansatzes für 2006 erläuterte er, dass dieser aufgrund des Abrechnungsmodus, wonach die Abrechnung erst in 2007 erfolge, nicht erhöht werden müsse.

Beschluss:

Der Trägeranteil von 35 % an der Evang. Kindertagesstätte „Pustebblume“ wird grundsätzlich von der Gemeinde Wadersloh übernommen. In den anstehenden Verhandlungen bezüglich des noch laufenden Vertrages sind die Modalitäten zu klären.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

12 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2006 mit den Anlagen

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2006 lag allen Ausschussmitgliedern vor. Jedes Produkt wurde zur Beratung gestellt.

**Produkt 01.01.01 – Politische Gremien
Seite 6, Nr. 16**

Für die FDP-Fraktion stellte RM A.J. Fleiter den Antrag, den Ansatz „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ um 20 % zu kürzen.

Herr Ahlke teilte mit, dass die Beträge für Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Verdienstausfallentschädigungen nach der Entschädigungsverordnung des Landes festgeschrieben seien und demnach nicht geändert werden können. Anders verhalte es sich mit den Zuwendungen an die Fraktionen.

RM E. Schmidt äußerte Bedenken gegen die Kürzung der Zuwendungen. Wenn man die Rats- und Ausschussarbeit ernst nehme, dann brauche man die Finanzmittel aus den Zuwendungen. In seiner Fraktion werde viel Wert auf die Fortbildung gelegt und dies werde u. a. aus den Zuwendungen an Fraktionen finanziert.

RM Hollenhorst brachte für die FWG-Fraktion zum Ausdruck, dass sie Kürzungen an geeigneter Stelle unterstütze. Man könne nicht den Bürgern hohe Belastungen aufbürden. Auch Ratsmitglieder müssten Einschnitte in Kauf nehmen.

RM Bösl ging auf die hervorragenden Arbeitsbedingungen in den Räumlichkeiten des Rathauses ein. Auch die CDU-Fraktion könne die Kürzung des Ansatzes für die Zuwendungen an Fraktionen mittragen.

Beschluss:

Die Zuwendungen an Fraktionen werden um 20 % gekürzt. Die Verwaltung wird einen entsprechenden Vorschlag mit der Einladung zur nächsten Ratssitzung vorlegen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 09:02:00 (J:N:E) Stimmen.

**Produkt 01.01.02 – Verwaltungsführung
Seite 10, Nr. 16**

RM Hollenhorst sprach sich für eine Anpassung des Ansatzes auf 16.000 € aus.

RM E. Schmidt regte an, die Verfügungsmittel des Bürgermeisters um bis zu 10 % zu kürzen.

RM Bösl äußerte Bedenken gegen die Kürzung, da durch den Ansatz viel Gutes bewirkt werde.

Beschluss:

Die Verfügungsmittel des Bürgermeisters werden im Haushaltsplanentwurf um 5 % gekürzt.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:09:00 (J:N:E) Stimmen.

Danach ließ der Bürgermeister über die Kürzung der „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ um 1.000 € abstimmen, da sich der Aufwand durch die zu erwartende Änderung der Richtlinien für Ehrungen reduzieren wird.

Beschluss:

Der Haushaltsansatz in Höhe von 19.150 € wird um 1.000 € auf 18.500 € reduziert.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 08:00:03 (J:N:E) Stimmen.

Produkt 01.02.01 – Gleichstellung von Mann und Frau

Seite 13

RM E. Schmidt beantragte im Namen der Gleichberechtigung die Aufnahme eines neuen Zieles mit der Bezeichnung „Erweiterung des Berufswahlspektrums von Jungen für Männer untypische Berufe“.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zustimmend zu Kenntnis genommen.

Produkt 01.05.01 – Zentrale Dienstleistungen

Seite 25

RM E. Schmidt schlug vor, das Ziel „Kostenreduzierung beim Fuhrpark um mindestens 10 % bis 2008“ zu ändern in „Kostenreduzierung beim Fuhrpark um 20 % bis 2008“.

RM Hollenhorst regte an, dass die Ziele realistisch und überprüfbar sein müssten.

RM Petertombeck war der Meinung, den Vorschlag zurückzustellen.

RM Bösl brachte zum Ausdruck, dass die Ziele nicht zu hoch angesetzt werden dürfen.

Beschluss:

Das Ziel „Kostenreduzierung beim Fuhrpark um mindestens 10 % bis 2008“ wird im Haushaltsplanentwurf in „Kostenreduzierung beim Fuhrpark um 20 % bis 2008“ geändert.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:07:02 (J:N:E) Stimmen.

Produkt 01.05.01 – Zentrale Dienstleistungen

Seite 27, Nr. 17

RM A.J. Fleiter stellte für die FDP-Fraktion den Antrag, den Ansatz für „Ordentliche Aufwendungen“ um 10 % zu senken.

RM Hollenhorst sprach sich dagegen aus und gab dabei zu Bedenken, dass dieses Mittel der Kürzung am Ende des Jahres zu einem Nachtrag im Haushalt führen könne.

RM E. Schmidt regte die Überprüfung der Notwendigkeit von Büchern, Zeitschriften etc. im Rathaus an. Das Gleiche gelte für die Beiträge von Mitgliedschaften.

RM Bösl stellte dar, dass die Verwaltung als laufendes Geschäft der Verwaltung die vorgenannten Prüfungen bisher ständig vornehme.

RM N. Steiling wies in dem Zusammenhang daraufhin, dass es wichtig sei, strukturelle Dinge zu entscheiden.

Beschluss:

Der Ansatz für „Ordentliche Aufwendungen“ wird im Haushaltsplanentwurf um 10 % gekürzt.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 01:08:02 (J:N:E) Stimmen.

Produkt 01.05.01 – Zentrale Dienstleistungen

Seite 29

RM E. Schmidt regte bei dem Ersatz des Dienstwagens VW Polo an, zu überprüfen, ob statt eines Neuwagens ein Jahreswagen angeschafft werden könne.

Herr Ahlke erklärte, dass die Verwaltung zunächst aufgrund von Vergleichsberechnungen ermitteln werde, welche Variante (Kauf von Neuwagen oder Gebrauchtwagen, Leasing, Miete oder andere Modelle) die günstigste sei. Erst danach sei eine Entscheidung zu treffen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 01.05.02 – Bauhof

Seite 31

RM E. Schmidt machte deutlich, dass die jährliche Kilometerleistung der gemeindeeigenen LKW gering sei und schlug deshalb zur Kostenreduzierung vor, auf gebrauchte Fahrzeuge oder Fremdfahrzeuge zurückzugreifen. Eine weitere Möglichkeit der Kostenreduzierung bestehe durch das Eingehen von Kooperationen mit anderen Kommunen, Firmen etc.

Beschluss:

Es wird durch die Verwaltung ein neues Ziel für den Haushaltsplanentwurf formuliert.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Das Ziel wurde nach der Sitzung durch die Verwaltung wie folgt formuliert:

- Kostenreduzierung beim Fuhrpark
Dafür: Aufstellung von Vergleichsrechnungen (bspw. interkommunale Zusammenarbeit, Leasing statt Kauf)

Produkt 01.05.02 – Bauhof
Seite 32, Nr. 13

RM A.J. Fleiter stellte den Antrag, den Ansatz zur laufenden Fahrzeugunterhaltung um 10 % zu reduzieren. Er machte deutlich, dass die Verwaltung den bisherigen Einsatz der gemeindlichen Fahrzeuge effektiver gestalten könne.

BM Westhagemann wies auf die Erläuterungen unter P. 5 dieser Niederschrift hin. Es solle in Kürze die Wirtschaftlichkeit des Bauhofs untersucht werden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse sollten zunächst abgewartet werden.

Herr Morfeld ging auf das gesetzte Ziel „Verringerung der Arbeitsstunden für Mitarbeitertransporte um 5 %“ ein. Durch die Erreichung dieses Ziels würden automatisch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen reduziert.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 01.06.01 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Seite 35

RM E. Schmidt teilte mit, dass er dem Ziel „Pressearbeit verstetigen – regelmäßige (monatliche) Pressegespräche organisieren“ grundsätzlich zustimme. Allerdings sollte dies nicht nur eine Darstellung der Verwaltung und des Bürgermeisters sein. Deshalb sollten neben der Verwaltung und dem Bürgermeister an den Pressegesprächen ggf. auch die Fachausschussvorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden teilnehmen.

Beschluss:

Das Ziel „Pressearbeit verstetigen – regelmäßige (monatliche) Pressegespräche organisieren ggf. unter Beeinziehung der Fachausschussvorsitzenden und der Fraktionsvorsitzenden“

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:08:01 (J:N:E) Stimmen.

Produkt 01.06.01 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Seite 36, Nr. 16

RM A.J. Fleiter beantragte die Einsparung der Kosten für die Verteilung der Gemeindebroschüre und des Veranstaltungskalenders in Höhe von 800 €.

Herr Ahlke führte aus, dass aufgrund des Printmedienkonzeptes die Verteilung beider Printmedien an alle Haushalte in der Gemeinde Wadersloh erfolge. Für die Werbeträger sei dabei besonders die Verteilung an alle Haushalte interessant.

RM E. Schmidt regte an, die Kosten durch Sponsoren zu senken.

Beschluss:

Es ist durch die Verwaltung zu überprüfen, ob die Kosten für die Verteilung der Gemeindebroschüre und des Veranstaltungskalenders durch Sponsoren gesenkt werden können.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung

Danach ließ der Bürgermeister über die Reduzierung des Ansatzes für die Verteilung der Gemeindebroschüre und des Veranstaltungskalenders um 800 € abstimmen.

Beschluss:

Der Ansatz für die Verteilung der Gemeindebroschüre und des Veranstaltungskalenders wird um 800 € reduziert.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 01:07:03 (J:N:E) Stimmen.

Produkt 01.06.02 – Städtepartnerschaften

Seite 40, Nr. 15

RM E. Schmidt vertrat die Auffassung, den Ansatz des Zuschusses zu Austauschfahrten um 500 € zu kürzen.

RM Böcker-Riese machte in dem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Bürgerbusfahrt 2006 bereits ausgebucht sei.

RM Petertombeck wies darauf hin, dass es sich um einen pauschalen Ansatz halte, der nicht ausschließlich für Bürgerbusfahrten in Anspruch genommen werde.

Der Antrag wird zunächst zurückgestellt und die aktuelle Entwicklung abgewartet.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 01.07.01 – Personalmanagement

Seite 43

RM E. Schmidt sprach sich dafür aus, das Ziel „Beibehaltung des Ausbildungsniveaus (Ansatzertalt) durch Fort- und Weiterbildung“ zu ändern in „Steigerung des Ausbildungsniveaus (Ansatzertalt) durch Fort- und Weiterbildung“.

Nach kurzer Diskussion erging folgender

Beschluss:

Das Ziel „Beibehaltung des Ausbildungsniveaus (Ansatzertalt) durch Fort- und Weiterbildung“ wird geändert in „Steigerung des Ausbildungsniveaus (Ansatzertalt) durch Fort- und Weiterbildung“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

Produkt 01.08.02 – Zahlungsabwicklung

Seite 51

RM Bösl beantragte das Datum der Zielvorgabe „Im Rahmen der Liquiditätsplanung wird eine Aufstellung über regelmäßig wiederkehrende Einzahlungen und Auszahlungen, die eine Höhe von 10.000 € übersteigen, erstellt und anschließend dauerhaft aktualisiert. Erstellung bis zum 30.11.2006“ vom 30.11.2006 auf den 30.06.2006 vorzulegen.

Beschluss:

Das Datum der Zielvorgabe „Im Rahmen der Liquiditätsplanung wird eine Aufstellung über regelmäßig wiederkehrende Einzahlungen und Auszahlungen, die eine Höhe von 10.000 € übersteigen, erstellt und anschließend dauerhaft aktualisiert. Erstellung bis zum 30.11.2006.“ wird vom 30.11.2006 auf den 30.06.2006 vorverlegt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

**Produkt 01.09.01 – Dienstleistungen im IT-Bereich
Seite 63, Nr. 13**

RM E. Schmidt hielt es für notwendig, die Kosten für Verbrauchsmaterial wie beispielsweise Toner zu senken und Tintenstrahldrucker durch Laserdrucker zu ersetzen.
Herr Ahlke machte deutlich, dass durch ständige Marktbeobachtung die Möglichkeiten zur Senkung der Kosten für Verbrauchsmaterial realisiert werden.

RM Driftmeier äußerte, dass die Verwaltung diese Aufgabe ausreichend wahrnehme und dies deshalb nicht zusätzlich festgelegt werden müsse.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob der Ansatz für Verbrauchsmaterial um 10 % gekürzt werden kann.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:03:06 (J:N:E) Stimmen.

RM Bösl vertrat die Auffassung, auf die Einführung des Ratsinformationssystems bis Ende 2007 zu verzichten und schlug vor, für die Erprobung im Jahr 2006 500 € bereitzustellen.

RM Hollenhorst schloss sich diesem Vorschlag an.

Beschluss:

Das Ratsinformationssystem wird nicht bis Ende 2007 eingeführt. Für die Erprobung wird im Jahr 2006 ein Ansatz von 500 € bereitgestellt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**Produkt 01.09.01 – Dienstleistungen im IT-Bereich
Seite 65, Nr. 16**

RM A.J. Fleiter erklärte für die FDP-Fraktion, die Fernmeldegebühren in Höhe von 44.700 € um 6.000 € zu senken. Dies könne durch die Voranstellung kostenloser Nummer erreicht werden.

Herr Ahlke wies darauf hin, dass von dem Ansatz von 44.700 € über 10.000 € für die Miete der Telefonanlage in Anspruch genommen würden. Er führte aus, dass die Verwaltung in den letzten Jahren mit verschiedenen Anbietern Gespräche geführt habe. Diese Gespräche ergaben, dass eine Reduzierung der Kosten nur über den Minutenpreis erfolgen könnte. Das Potential an Verbindungsgebühren sei jedoch so gering, dass dies nicht realisiert werden könne. Im Wesentlichen handele es sich um Grundgebühren, die auch durch Anbieterwechsel nicht vermindert werden könnten.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 01.09.01 – Dienstleistungen im IT-Bereich
Seite 67, Ausstattung IT Geschwister-Scholl-Realschule

Es wurde durch die CDU-Fraktion der Antrag gestellt, den Computerraum an der Geschwister-Scholl-Realschule nicht zu ersetzen und dadurch den Ansatz für IT-Ausstattung der Realschule von 18.000 € auf 2.000 € zu reduzieren.

RM E. Schmidt bat um Erläuterung des Ansatzes.

BM Westhagemann teilte mit, dass es sich bei der Maßnahme um die Abarbeitung des Medienentwicklungsplanes handele.

RM Hollenhorst sprach sich für den ausschließlichen Ersatz von notwendigen Systemen für sämtliche Schulen und auch für das Rathaus aus.

Herr Ahlke machte deutlich, dass die Verwaltung ein produktiver Betrieb sei, der bereits auf das notwendigste Maß reduziert worden sei. Der Ansatz für das Rathaus in Höhe von 16.000 € sei notwendig, um u.a. einen Server zur Ausfallsicherung zu beschaffen.

Beschluss:

Die IT-Ausstattung im Computerraum der Geschwister-Scholl-Realschule wird nicht ersetzt. Der Ansatz für die IT-Ausstattung der Realschule wird von 18.000 € auf 2.000 € reduziert.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei zwei Enthaltungen.

Produkt 01.10.01 – Verwaltung und Bewirtschaftung kommunaler Gebäude
Seite 69

RM E. Schmidt bat um Auskunft, warum bei dem Ziel „Entwicklung von Konzepten zur Verbrauchsreduzierung bis zum 31.12.2006“ ein Jahr vorgegeben werde.

Herr Ahlke machte deutlich, dass für das Jahr 2006 viele der Ziele am 30.06.2006 erreicht werden sollen, um daraus Schlüsse für die Aufstellung des Haushalts 2007 ziehen zu können. Es könnten jedoch nicht alle Konzepte im ersten Halbjahr erarbeitet werden. Dies gelte u. a. auch hier.

RM Hollenhorst fragte nach, welchen Nutzen die Verbrauchsdatenbank für die Bereiche Energie und Wasser ab dem Jahr 2003 habe.

Herr Ahlke führte aus, dass man erst dann die Entwicklung besser erkennen könne.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 01.10.01 – Verwaltung und Bewirtschaftung kommunaler Gebäude
Seite 70, Nr. 13

RM A.J. Fleiter vertrat die Auffassung, dass beispielsweise durch die Investitionen in den Brandschutz in den vergangenen Jahren die Versicherungsbeiträge um 10.000 € gesenkt werden müssten.

Herr Morfeld teilte mit, dass bereits alle Versicherungsleistungen mit dem Ergebnis eines 25%igen Schadensfreiheitsrabattes aufgrund geringer Schadensfälle überprüft wurden. Im Übrigen habe sich die Versicherung an den Blitzschutz- und Einbruchmeldeanlagen beteiligt. Derzeit seien bei den Versicherungsbeiträgen keine Einsparungen erkennbar. Dieser Bereich werde jedoch im Rahmen der gesamten Aufwandsüberprüfung nochmals untersucht.

Beschluss:

Der Ansatz für die Versicherungsbeiträge wird um 10.000 € gesenkt.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 01:09:01 (J:N:E) Stimmen.

**Produkt 01.10.03– Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken
Seite 77**

Im Namen der FDP-Fraktion teilte RM A.J. Fleiter mit, dass eine zusätzliche Zielvorgabe der Verkauf und die Privatisierung sein müsse. Dadurch könne der Ertrag gesteigert werden. Als Beispiel dafür wäre der Verkauf des Klosterhofs zu nennen.

Nach kurzer Diskussion erging folgender

Beschluss:

Der Bürgersaal Klosterhof wird verkauft.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:08:01 (J:N:E) Stimmen.

**Produkt 01.10.03 – Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken
Seite 79, Nr. 19**

RM N. Steiling bat um Erläuterung, wie es zu den Verkaufserlösen aus dem Baugebiet Herzfelder Straße ab dem Jahr 2007 kommen solle.

BG Gödde verdeutlichte, dass die Gemeinde in der Angelegenheit positiv gestimmt sei und derzeit Verhandlungen liefen. Die Emissionswerte seien reduziert worden, so dass die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht mehr ausgeschlossen ist. Zunächst müsse mit den Landwirten gesprochen werden. Das Problem sei inzwischen eher die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe.

RM Nienaber erkundigte sich, ob die Verkaufserlöse für das Baugebiet Diestedde in 2007 eingeplant seien.

Die Verwaltung teilte mit, dass die Einplanung erfolgt sei.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

**Produkt 01.10.03 – Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken
Seite 79, Nr. 19, Verkaufserlöse Mietwohnungen Bentelerstr. 6, Schulkamp 1,
Augustin-Wibbelt-Str. 2**

RM Hollenhorst erkundigte sich, wo die Verkaufserlöse beschlossen worden seien.

BM Westhagemann erklärte, dass der Verkauf der Mietwohnungen Bentelerstr. 6 und Schulkamp 1 am 22.06.2005 im Hauptausschuss beraten und am 06.07.2005 im Rat entschieden wurde.

Bei dem Verkaufsangebot im Internet und in den Aushangkästen zum Objekt Augustin-Wibbelt-Str.2 handele es sich um eine vorbereitende Maßnahme der Verwaltung, um einen möglichen Verkauf vorschlagen zu können.

Pause: von 19:56 bis 20:03

**Produkt 01.10.05 – Instandhaltung kommunaler Gebäude
Seite 86, Nr. 13**

Im Namen der FDP-Fraktion vertrat RM A.J. Fleiter die Auffassung, dass der Ansatz für das Jahr 2006 für die laufende Gebäudeunterhaltung in gleicher Höhe ausfallen könne wie in den darauf folgenden Jahren 2007 und 2008.

RM Nienaber bat um Erläuterung des Unterschiedes zwischen der laufenden Gebäudeunterhaltung und der Rückstellungen für Gebäude.

Herr Morfeld erläuterte, dass die Gemeinde 28 kommunale Gebäude unterhalte. Bei der laufenden Gebäudeunterhaltung handele es sich um Pauschalansätze. Zusätzlich seien Maßnahmen aus Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen geplant worden (siehe Anlagen zum Haushaltsplanentwurf Seite 16 und 17).

Beschluss:

Der Ansatz für die laufende Gebäudeunterhaltung wird um 7.500 € auf 96.000 € gekürzt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**Produkt 02.05.01 – Personenstandswesen
Seite 109**

RM E. Schmidt teilte mit, dass er das Ziel „Steigerung der Anzahl an Eheschließungen durch attraktive Trauungsumgebungen“ vollkommen unterstütze. Er erkundigte sich allerdings danach, mit welchen Konzepten dieses Ziel erreicht werden solle.

Die Verwaltung erläuterte, dass konkrete Konzepte derzeit noch nicht vorlägen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

**Produkt 02.06.01 – Wahlen und Abstimmungen
Seite 114, Nr. 6 und Nr. 16**

Herr Neugebauer erklärte, dass durch die bevorstehende Landratswahl im Jahr 2006 der Ansatz für Kostenerstattungen und Kostenumlagen von 250 € auf 4.750 € erhöht werde. Zudem werde ein Ansatz für sonstige Aufwendungen in Höhe von 8.000 € bereitgestellt.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Produkt 02.07.01 – Feuer- und Bevölkerungsschutz
Seite 117

RM Nienaber fragte nach, ob beispielsweise bei Ölunfällen zunächst die Mitarbeiter des Bauhofs informiert werden können und anschließend die Feuerwehr. Bisher werde die Feuerwehr als erstes über die Leitstelle des Kreises informiert.

Ergebnis:

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Möglichkeiten zu überprüfen.

Produkt 02.07.01 – Feuer- und Bevölkerungsschutz
Seite 118, Nr. 16

Herr Neugebauer erläuterte, dass zusätzlich 5.000 € für LKW-Führerscheine einzuplanen seien, da die Feuerwehrfahrzeuge nicht mit dem PKW-Führerschein gefahren werden dürfen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Produkt 02.07.01 – Feuer- und Bevölkerungsschutz
Seite 120/121, Nr. 30

Herr Neugebauer ging auf das neue Fahrzeugkonzept ein. Dieses siehe insbesondere den Verzicht auf ein großes Fahrzeug für den Löschzug Liesborn vor. Dafür werde der Kauf der anderen Fahrzeuge vorgezogen. Das HLF für den Löschzug Liesborn in 2008 sei mit ca. 260.000 € anzusetzen, da durch dieses Fahrzeug zwei Altfahrzeuge ersetzt werden. Insgesamt führe das neue Fahrzeugkonzept in den Jahren 2006 bis 2009 zu einer Ersparnis in Höhe von 75.000 €.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Produkt 03.01.02 – Hauptschule
Seite 129

RM Hollenhorst bat um Auskunft, ob sich die Einführung einer Ganztagschule im Jahr 2006 an der Hauptschule finanziell auswirken würde.

BG Gödde berichtete über den aktuellen Stand der Einführung von Ganztags Hauptschulen. Das Ziel des Landes und Bezirksregierung sei die Einführung von gebundenen Ganztags Hauptschulen. Dafür müsse zunächst eine Elternbefragung an der Hauptschule durchgeführt werden, ob generelles Interesse bestehe. Sollte dies der Fall sein, müsse anschließend ein Antrag der Schulkonferenz an den Schulträger gestellt werden. Bei einer Einführung einer gebundenen Ganztags Hauptschule zum 01.08.2006 müsse dieser Antrag bis zum 15.03.2006 gestellt werden.

BG Gödde schlug vor, noch keine Mittel in den Haushalt 2006 einzustellen, da keinerlei Basisdaten für eine pauschale Berechnung der Ansätze vorlägen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

RM Hollenhorst sprach sich gegen die Streichung der Zuschüsse zu Schulwanderfahrten aus, da ihrer Meinung nach die Schwächsten betroffen seien.

Auch RM A.J. Fleiter machte deutlich, dass die Streichung eine Diskriminierung einzelner Kinder sei.

RM E. Schmidt schloss sich seinen Vorrednern an.

RM Bösl erklärte, dass er für die Streichung der Zuschüsse sei und stellte abschließend fest, dass vielen Familien noch Mittel aus dem Familienpass zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Die Zuschüsse für Schulwanderungen und -fahrten sollen ab dem Haushaltsjahr 2006 gestrichen werden und sind deshalb aus dem Ansatz heraus zu nehmen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 07:04:00 (J:N:E) Stimmen.

Produkt 03.01.06 – Zentrale schulbezogene Leistungen

Seite 146, Nr. 16

RM A.J. Fleiter erkundigte sich danach, warum die Versicherungsbeiträge für die Schülerunfallversicherung trotz stagnierender Schülerzahlen jährlich um 5 % anstiegen.

Herr Ahlke teilte mit, dass es sich bei der Versicherung um eine Pflichtversicherung handele, die Höhe des Beitrages sich in jedem Jahr verändere und die Erhöhungen vermutlich auf die steigende Anzahl von Schadensfällen zurückzuführen sei.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 04.01.01 – Kulturveranstaltungen und -förderung

Seite 149

Im Anschluss an die Versendung der Einladung zu dem Hauptausschuss ist ein Antrag des Vereins zur Förderung der Kirchenmusik an St. Margareta Wadersloh e.V. eingegangen. Um ein fruchtbares Zusammenwirken des Vereins mit und in der Gemeinde zu realisieren, bittet der Verein um einen Etatansatz für Vereins- und Kulturarbeit im Haushalt 2006.

Der Ausschuss war sich einig, dass der Antrag zu spät eingegangen sei. Im Haushaltsjahr 2006 wird dem Verein zur Förderung der Kirchenmusik an St. Margareta Wadersloh .V. kein Ansatz zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2007 wird der Antrag erneut geprüft.

Ergebnis:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Prüfung des Antrages für das Jahr 2007 vorzunehmen.

Produkt 04.01.02 – Volkshochschule/Produkt 04-01.03 - Musikschule

Seite 153/157

Für die FDP-Fraktion regte RM A.J. Fleiter an, die Kurse auf die originären Aufgaben einer Volkshochschule zu beschränken, um dadurch Kosten zu senken.

RM Bösl stellte fest, dass die Volkshochschule hervorragende und effektive Kurse anbiete. Nicht originäre Kurse dürfe die Volkshochschule nur dann anbieten, wenn keine Verluste eingefahren werden.

BG Gödde machte deutlich, dass die Bildungsfahrten der VHS selbsttragend seien. Die VHS gehören nach dem Weiterbildungsgesetz NW zu den Pflichteinrichtungen der Kommunen. Wadersloh betreibe diese aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemeinsam mit der Stadt Beckum. Die VHS Beckum-Wadersloh sei landesweit eine der günstigsten, weil in vielen Jahren gewinnbringende Veranstaltungen im Auftrag der Arbeitsämter angeboten werden konnten. Wadersloh habe zweimal überhaupt keinen Zuschuss leisten müssen. Nachdem diese Veranstaltungen kaum noch durchgeführt werden, müsse die Gemeinde künftig realistische Anteilzahlungen leisten. Diese würden sich u.a. nach den in Wadersloh angebotenen Kursen errechnen. Die Kosten der VHS lägen zu etwa 25 % bei der Gemeinde Wadersloh.

Die Musikschule werde gemeinsam vom Kreis Warendorf und 12 Gemeinden betrieben. Der Stadt Telgte sei von der Gemeindeprüfung im Rahmen der letzten Prüfung empfohlen worden, die eigene Musikschule aus Kostengründen aufzulösen und sich der gemeinsamen, kreisweiten Einrichtung anzuschließen. Der Beitrag der Gemeinde Wadersloh habe sich seit 1993 nur einmal im Jahre 2001 erhöht und werde auch voraussichtlich zumindest bis 2009 unverändert bleiben.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

**Produkt 05.03.01 – Dienstleistungen und Beratung
Seite 178, Nr. 5**

RM Hollenhorst bat um Erläuterung, ob die Erträge für den Seniorenausflug nicht durch Sponsoren erhöht werden können, statt pro Person den Beitrag von 5 € auf 10 € zu erhöhen. Verwaltungsseitig wurde diesbezüglich auf die Zielvorgabe (Seite 177) verwiesen.

RM Böcker-Riese machte deutlich, dass die Teilnehmer an den Seniorenausflügen bereit seien, einen höheren Beitrag zu leisten.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

**Produkt 06.02.01 – Jugendbegegnungsstätten und sonst. Jugendarbeit
Seite 185-186 (Nr. 11)**

RM Hollenhorst brachte für die FWG-Fraktion zum Ausdruck, dass die Fraktion für die Besetzung des Jugendtreffs eine Halbtagskraft nicht für ausreichend halte. Es müsse sich zudem um eine qualifizierte Kraft handeln. Weiterhin stellte sie fest, dass auch in den stattgefundenen Familientreffs in den drei Ortsteilen zum Ausdruck kam, dass die Jugendarbeit für die Bevölkerung wichtig sei. Auch der Kreis habe dies bestätigt.

RM E. Schmidt war der Meinung, dass die Verwaltung die Angelegenheit „Jugendtreff“, bewusst verzögere und die Öffentlichkeit seit einem Jahr hinhalte. Er stellte deshalb den Antrag die Personalaufwendungen von 22.852 € auf 75.000 € zu erhöhen.

RM Bösl stellte die Frage an den Ausschuss, wie die Finanzierung der vorgeschlagenen Erhöhung vollzogen werden solle. Er sprach sich für eine sparsame Lösung aus und machte deutlich, dass dafür auch Kompromisse eingegangen werden müssten.

RM A.J. Fleiter sah in der momentanen Besetzung der Stelle des Jugendtreffs eine Alibibesetzung.

BM Westhagemann ging auf den aktuellen Stand des Jugendtreffs ein. Die Öffnungszeiten seien seit dem Ausscheiden von Frau Loest aufrechterhalten worden. Dies sei dem Einsatz von Frau Goß zu verdanken. Zurzeit stehe die Gemeinde mit einem gemeinnützigen Verein hinsichtlich der Übernahme des Jugendtreffs in Verhandlungen. Seit Kurzem stünden zudem zwei neue Fachkräfte des Kreisjugendamtes für die Jugendarbeit in Wadersloh zur Verfügung. Des Weiteren bleibe abzuwarten, ob durch das Ganztags Hauptschulprojekt ein Schulsozialarbeiter/in, zumindest im Umfang einer Halbtagsstelle, zur Verfügung stehe. Die Gemeinde versuche, durch diese Maßnahmen die Jugendarbeit zukunftssicher zu machen.

Beschluss:

Die Personalaufwendungen werden auf 75.000 € erhöht.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 03:07:01 (J:N:E) Stimmen.

Produkt 08.02.01 – Sportförderung

Seite 202, Nr. 15

RM Hollenhorst bat um Auskunft darüber, warum es sich bei der Nr. 15 um Transferaufwendungen handele und nicht um Investitionen.

Die Verwaltung erläuterte, dass es sich bei den Transferaufwendungen um Zuschüsse zu Investitionen Dritter und nicht um gemeindliche Investitionen handele, da kein gemeindeeigenes Vermögen geschaffen werde, welches aktiviert und abgeschrieben werde.

Im Teilfinanzplan auf der Seite 203 unter der Nr. 23 sind Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten im Sportbereich in Höhe von 40.000 € zu finden.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 09.02.01 – Grundstücksneuordnung und –information, GIS

Seite 210, Nr. 13

FM A.J. Fleiter vertrat die Auffassung, dass der Ansatz in Höhe von 20.000 € zu hoch sei und bat um Erklärung, ob dieser Ansatz gekürzt werden könne.

Herr Blex erläuterte, dass der Aufbau und die Erweiterung des geografischen Informationssystems (GIS) für das gesamte Rathaus eingeführt werden solle. Bei dem Ansatz handele es sich um einen fixen Ansatz. Bei Kürzungen würde sich die Einführung verzögern.

Beschluss:

Der Ansatz für den Aufbau und die Erweiterung des geografischen Informationssystems (GIS) wird auf 18.000 € gekürzt.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:09:00 (J:N:E) Stimmen.

RM Hollenhorst erkundigte sich, in welchem Produkt die Zuschüsse für Kleinkläranlagen zu finden seien.

Herr Morfeld wies darauf hin, dass die Zuschüsse ab dem Jahr 2006 nicht mehr gewährt werden und deshalb in den Haushalt 2006 nicht mehr mit aufgenommen worden seien.

Produkt 12.01.01 – Bau von Straßen, Wegen und Plätzen
Seite 250

Herr Neugebauer teilte mit, dass die Position „Ausbau – BG Diestedde West“ im Haushaltsplanentwurf mit einem Ansatz von jeweils 50.000 € in den Jahren 2007 und 2008 fehle.

Lt. Mitteilung von Herrn Neugebauer müsse zudem der Gesamtbetrag für den Kreuzungsausbau Diestedde bereits im Jahr 2006 bereitgestellt werden. Mit Schreiben vom 14.11.2005 habe der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen mitgeteilt, dass mit den Bauarbeiten zum Kreuzungsausbau zu Beginn des Jahres 2006 begonnen werden könne, soweit die Finanzierung gesichert sei.

RM Nienaber fragte nach, ob die endgültigen Ausbaupläne für den Ausbau des Kreuzungsbereichs Diestedde bereits vorlägen.

Ergebnis:

Die Verwaltung wird beauftragt, im nächsten BPA die Ausbaupläne vorzustellen.

Produkt 12.01.02 – Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen
Seite 251

RM Nienaber erkundigte sich, ob bei dem Ziel „Erstellung einer Übersicht über die notwendigen Straßenunterhaltungsmaßnahmen für die Jahre 2006- 2008 auf Basis des digitalen Straßenkatasters“ auch Bürgersteige enthalten seien. Dies wurde von der Verwaltung bejaht.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Produkt 12.02.01 – Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
Seite 255

RM E. Schmidt erkundigte sich, ob das Ziel „Schaffung zusätzlicher Angebote durch Aktivierung des Schienenpersonennahverkehrs“ realistisch sei.

BM Westhagemann machte deutlich, dass die Gemeinde zukunftssträchtig denke und diesen Gedanken aufrechterhalten wolle.

RM E. Schmidt stellte den Antrag, die Ziele „Aufstellung eines Konzeptes für einen Bürgerbus“ und „Quantitative Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)“ zu ergänzen. Hierbei könne auf eine Zeitvorgabe verzichtet werden.

Beschluss:

Die Ziele „Aufstellung eines Konzeptes für einen Bürgerbus“ und „Quantitative Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)“ werden zusätzlich aufgenommen. Auf eine Zeitvorgabe wird verzichtet.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen.

Produkt 13.01.01 – Natur und Landschaftsschutz
Seite 266, Umgestaltung Mühlenbach/Schloss Crassenstein

Herr Neugebauer teilte mit, dass der Ansatz für die Umgestaltung Mühlenbach/Schloss Crassenstein von 10.000 € auf 5.000 € reduziert werden könne.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Produkt 16.01.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft
Seite 287

RM A.J. Fleiter wies darauf hin, dass im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft keine Ziele festgelegt wurden.

Als Ziel wurde „die Überprüfung der Verlustabdeckung der Westfälischen Landeseisenbahn“ vorgeschlagen.

Beschluss:

Als Ziel wird die „Überprüfung der Verlustabdeckung der Westfälischen Landeseisenbahn“ mit aufgenommen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

12.1 Haushaltssatzung 2006

Produkt 16.01.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft
Seite 288

RM E. Schmidt ging auf die Anhebung der Hebesätze ein und sprach sich gegen eine Erhöhung der Grundsteuer B aus, da er diese Erhöhung für familienunfreundlich und unsozial halte. Familien, die zuvor mit günstigen Baulandspreisen nach Wadersloh gelockt worden seien, müssten höhere Abwassergebühren bezahlen und mit gestiegenen Energiekosten fertig werden. Zusätzlich würden nun auch noch höhere Grundsteuern verlangt.

RM E. Schmidt stellte im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, die Grundsteuer B nur um zehn Prozentpunkte auf 340 v. H. anzuheben. Gegen die Anhebung der Grundsteuer A und Gewerbesteuer äußerte RM E. Schmidt keine Bedenken.

Beschluss:

Die Grundsteuer B wird auf 340 v. H. festgesetzt.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 04:07:00 (J:N:E) Stimmen.

RM A.J. Fleiter beantragte für die FDP-Fraktion, im kommenden Jahr komplett auf eine Steuererhöhung zu verzichten.

Beschluss:

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2006 nicht angehoben.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 01:10:00 (J:N:E) Stimmen.

RM N. Steiling gab zu bedenken, dass die Finanzkraft schnell sinke und kritisierte, dass in den letzten Jahren, als es der Gemeinde gut ging, nicht gegengesteuert wurde.

RM Bösl machte darauf aufmerksam, dass die Gemeinde sich bei der Anhebung der Gemeindesteuern an die fiktiven Hebesätze des Landes halte. Er teilte mit, dass niemand gerne eine Steuererhöhung durchführe. Dies müsse allerdings vollzogen werden, da keine andere Möglichkeit bestehe, einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Bei der schlechten finanziellen Situation der Kommunen seien schmerzhaft Einschnitte nicht zu vermeiden.

RM Hollenhorst hielt die Anhebung der Gemeindesteuern für zu drastisch. Durch diese Maßnahme würden vor allem Familien getroffen gab sie zu Bedenken und wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren stets auf Steuererhöhungen verzichtet wurde, um Wadersloh als Wohnort gerade für junge Familien attraktiv zu machen.

In dem Zusammenhang ging BM Westhagemann darauf ein, dass durch die Einführung von Hartz IV keine Entlastung, sondern eine dramatische Belastung der Kommunen eingetreten sei. Diese betreffe insbesondere die Gemeinde Wadersloh.

Beschluss:

Der § 6 wird in der vorher erarbeitenden Fassung beschlossen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 07:04:00 (J:N:E) Stimmen.

Sämtliche Änderungen des Haushaltsplan-Entwurfes gehen aus der Auflistung hervor, die als Anlage 1 dieser Niederschrift beiliegt.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2006 wird in der erarbeitenden Fassung (Anlage 2) erlassen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 07:03:01 (J:N:E) Stimmen.

RM E. Schmidt stellte abschließend fest, dass er bei dem Haushaltsplanentwurf die Eröffnungsbilanz vermisst habe und fragte nach, ob die Genehmigung des Haushalts ohne Eröffnungsbilanz möglich sei.

Herr Morfeld entgegnete, dass eine Genehmigung des Haushalts ohne Eröffnungsbilanz durch die Aufsichtsbehörde möglich sei. Die Eröffnungsbilanz liege spätestens Mitte 2006 vor.

12.2 Stellenplan 2006

Der Stellenplan 2006 war den Anlagen zum Haushaltsplan-Entwurf zu entnehmen.

BG Gödde ging auf die Veränderungen durch den neuen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) ein. Sämtliche Erläuterungen sind der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

RM E. Schmidt fragte nach, ob eine Stelle für den Jugendtreff im Stellenplan vorgesehen sei. BG Gödde berichtete, dass für den Jugendtreff eine ganze Stelle in der Entgeltgruppe 9 im Stellenplan eingeplant sei.

Beschluss:

Der Stellenplan 2006 wird in der erarbeitenden Fassung beschlossen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 09:02:00 (J:N:E) Stimmen.

13 Verschiedenes

13.1 BPA-Sitzung am 15.12.2005

Der Bürgermeister machte nochmals darauf aufmerksam, dass am 15.12.2005 um 17:00 Uhr eine weitere Sitzung des Bau-, Planungs- und Strukturausschusses im Ausschusszimmer der Gemeinde Wadersloh stattfindet.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

13.2 K+K-Markt

BM Westhagemann berichtete, dass die Bezirksregierung bis zur Sitzung des BPA am 15.12.2005 eine landesplanerische Anpassungserklärung zu einem großflächigen Einzelhandel (700 + 300 qm) abgeben wird. Konkret bedeutet dies, dass die Bezirksregierung im Rahmen des offiziellen Anhörungsverfahrens bei Änderung des Flächennutzungsplanes diese landesplanerische Anpassungserklärung auch abgeben wird. Der BPA sollte sich nun am 15.12.2005 mit dem weiteren Verfahren beschäftigen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

13.3 Gloria

Der Bürgermeister erläuterte eine schwierige Situation für die Firma Gloria. Unter der Überschrift „Bürokratieabbau“ solle eine Ordnungsbehördliche Verordnung über Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte entfallen. In dieser Verordnung seien Qualitätsstandards festgeschrieben, die sich insbesondere für die Firma Gloria Standort sichernd auswirken. Bei Wegfall dieser Qualitätsanforderungen sei nicht auszuschließen, dass die Produktion mittelfristig verlegt werde. Um auf diese Problematik hinzuweisen und einen Wegfall der Qualitätsstandards zu vermeiden, habe er, so der Bürgermeister, sich an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewandt (Kopie des Schreibens ist Anlage 4 zu dieser Niederschrift). Bei der Gemeinde ist inzwischen ein Antwortschreiben des Innenministeriums des Landes NRW eingegangen (Kopie des Schreibens ist Anlage 5 zu dieser Niederschrift). Der Antwort kann entnommen werden, dass auch weiterhin mit dem Wegfall der Ordnungsbehördlichen Verordnung zu rechnen ist und sich damit die Wettbewerbssituation für die Firma Gloria erheblich verschlechtern wird.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Ende des öffentlichen Teils: 22:11 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer
(P. 1 – P. 17)

Schriftführer
(P. 18)